

NDB-Artikel

Schroeder, Louise Dorothea Sophie Oberbürgermeisterin von Berlin, Sozialpolitikerin, * 2.4.1887 Altona, † 4.6.1957 Berlin, ⚭ Altona Ottensen. (evangelisch)

Genealogie

V Karl August Julius, Bauhilfsarbeiter;

M Dorothea Husteden (⚭ 1] N. N. Mahler). Gemüsehändlerin; 7 ältere *Geschw*; ledig.

Leben

S. wuchs in einer Arbeiterfamilie in der sozialdemokratischen Hochburg Ottensen in Altona auf. Nach dem Besuch der Mädchen-Mittelschule in Altona (1893–1901) konnte sie sich ihr dank finanzieller Unterstützung durch Verwandte 1901/02 auf der Gewerbeschule für Mädchen in Hamburg weiterbilden. 1902-08 arbeitete S. zunächst als Stenotypistin, dann als Privatsekretärin bei einer europ. Versicherungsgesellschaft, wo sie sich umfangreiche Fremdsprachenkenntnisse aneignete. 1910 trat sie in die SPD ein, in der sie blieb, obwohl sie als Pazifistin die Burgfriedenspolitik der Partei ablehnte. Seit 1918 war sie im Altonaer Fürsorgeamt tätig. Gemeinsam mit →Marie Juchacz (1879–1956) und anderen sozial engagierten Frauen gründete S. 1919 die Arbeiterwohlfahrt. Sie bekleidete den Vorsitz des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Schleswig-Holstein von 1922 bis zu deren Verbot 1933. 1925-33 war sie als Dozentin an der von ihr mitbegründeten Schule der Arbeiterwohlfahrt in Berlin und an der dortigen Hochschule für Politik tätig. Als jüngstes Mitglied und als eine von 19 Frauen der 165köpfigen SPD-Fraktion zog sie 1919 in die Weimarer Nationalversammlung ein. Dem Reichstag gehörte S. 1920-33 an. Sie kämpfte für soziale Reformen im Bereich des Mutter- und Kinderschutzes sowie der Jugendwohlfahrt, verteidigte den Achtsturentag und brachte heikle Themen – wie die Gleichstellung unehelicher Mütter und Kinder oder die Situation von Prostituierten – zur Sprache. Zu ihren politischen Mentoren zählte Reichspräsident →Paul Löbe (1875–1967), mit dem sie fast alle politischen Entscheidungen besprach. 1919 und 1929-33 gehörte sie auch der SPD-Fraktion der Altonaer Stadtversammlung an. Nach der NS-Machtübernahme wurde S. erwerbslos. Da sie des Hochverrats verdächtig war, wurde ihr eine polizeiliche Meldepflicht auferlegt und ihre Wohnung in Altona mehrmals durchsucht. Nachdem ihr die NS-Machthaber die Arbeitslosenunterstützung verweigerten, eröffnete sie 1934 in Hamburg die Filiale einer Brotfirma und arbeitete seit 1939 als Sekretärin und Sozialarbeiterin in der Sozialabteilung einer Berliner Tiefbaufirma.

1946 wurde S. eine der drei Vorsitzenden der Berliner Arbeiterwohlfahrt und zugleich stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner SPD; 1947-56 gehörte sie dem SPD-Parteivorstand an, der sie mit dem Vorsitz des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt betraute. 1946 wurde sie auch in die Berliner Stadtverordnetenversammlung, zur Bürgermeisterin und zur 3. Stellvertreterin von Oberbürgermeister → Otto Ostrowski (1883–1963) gewählt. Ihr Aufgabenbereich umfaßte alle sozialen Ressorts, einschließlich der damals mangelhaften Lebensmittel- und Brennstoffversorgung. Da → Ernst Reuter (1889–1953) sein Amt als gewählter Oberbürgermeister aufgrund sowjet. Intervention nicht antreten konnte, amtierte S. von Mai 1947 bis Dez. 1948 als Oberbürgermeisterin von Berlin. In diese Zeit fiel die von den sowjet. Behörden verhängte Blockade und die damit eingeleitete Spaltung der Stadt. Im Sept. 1948 ließ die SED das im Ostsektor gelegene Stadthaus stürmen, so daß die Stadtverordneten und der Berliner Magistrat ihren Sitz ins Schöneberger Rathaus verlegen mußten. S.s Appell, auf eine westdt. Staatsgründung zu verzichten, um die Einheit Berlins zu retten, blieb erfolglos. Nach dem Wahlsieg der SPD im Dez. 1948 übernahm Reuter das Amt des Oberbürgermeisters, S. wurde seine Stellvertreterin (bis 1951); darüber hinaus war sie 1948-52 Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung bzw. des Abgeordnetenhauses. 1948/49 bekleidete sie das Präsidentenamt des Dt. Städtetages (Ehrenmitgl. 1949). 1950 wurde sie mit dem Amt der Vizepräsidentin der Union dt. und franz. Bürgermeister betraut. Zahlreiche Stimmen aus Medien und Politik plädierten 1949 für ihre Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten. S. mußte jedoch hinter → Kurt Schumacher (1895–1952), der seine Kandidatur durchsetzte, zurückstehen. Im Dt. Bundestag, dem sie 1949-57 als Vertreterin Berlins angehörte, engagierte sie sich wieder auf dem Feld der Sozialpolitik. Die SPD-Fraktion, in deren Vorstand sie 1951-54 mitarbeitete, delegierte sie 1950 in die Beratende Versammlung des Europarates in Straßburg.

Auszeichnungen

Goldene Plakette d. Stadt Paris (1949);

Gr. BVK mit Stern am Schulterband (1952);

Dr. h. c. (Wirtsch.- u. Soz.wiss. Fak. d. Univ. Köln 1957);

Ehrenbürgerin d. Berlin FU u. d. Stadt Berlin (beides 1957);

L.-S.-Medaille d. Landes Berlin (seit 1998).

Werke

zahlr. Art. in d. Zss. Die Gleichheit, Das Freie Wort, Arbeiterwohlfahrt u. Sozialist. Jh.

Literatur

L. S., Ein Frauenleben unserer Zeit, 1956 (P);

Ch. Wickert, Unsere Erwählten, Soz.dem. Frauen im Dt. RT u. im Preuß. LT 1919-1933, 1986;

M. Koerfer, L. S., Eine Frau in d. Wirren dt. Pol., 1987;

dies., in: Berlin. Lb. VII, S. 373-90 (P);

A. Dertinger, „Lassen Sie Berlin nicht zugrunde gehen!“ L. S., Bürgermeisterin in schwerer Zeit, in: dies., Frauen d. ersten Stunde, Aus d. Gründerj. d. Bundesrep., 1989, S. 167-78 (P);

G. Notz, Frauen in der Mannschaft, Sozialdemokratinnen im Parl. Rat u. im Dt. BT 1948/49 bis 1957, 2003, S. 460-82;

Klimesch (P);

Munzinger;

H. Maier, Who is who d. Soz. Arbeit, 1998;

- *Nachlaßsplitter*:

Archiv d. soz. Demokratie d. Friedrich-Ebert-Stiftung, Slg. Personalia Louise Schroeder, Bonn.

Autor

Petra Weber

Empfohlene Zitierweise

Weber, Petra, „Schroeder, Louise“, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 569-571 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

11. November 2019

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
